

11. März 2015

## **Haushaltsrede 2015**

Sehr geehrte Frau 1. Bürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr 2. Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt des Marktes Garmisch-Partenkirchen sieht – rein äußerlich betrachtet – aus wie immer, er wiegt knapp 2,5 kg – auch wie immer – und birgt eine Wahrheit in sich, die sich nur demjenigen erschließt, welcher sie auch zu finden geneigt ist.

Zahlen sind interpretationsfähig, wie wir aus den vergangenen Jahren wissen, es liegt in der Natur des Menschen, Erklärungen zu finden, die die eigenen Befindlichkeiten untermauern und die der anderen widersprechen.

Der objektivste Blick auf den Haushalt gelingt der Kämmerin – endlich wurde ihr erlaubt, eine eigene Meinung zu den Finanzen des Marktes schwarz auf weiß im Rahmen der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit darzulegen.

Seite 33 des Vorberichts zum Haushalt beschreibt in schnörkelloser Manier, „dass nach derzeitigem Kenntnisstand die Sicherstellung der Dauernden Leistungsfähigkeit des Marktes ab dem Haushaltsjahr 2015 trotz Einnahmeerhöhungen und Ausgabenkürzungen nicht gewährleistet ist.“

Der Kämmerin sei für diese klaren Worte gedankt.

Was also bedeutet dies für uns als Entscheidungsträger im Marktgemeinderat?

Wir werden reden müssen miteinander, diskutieren – gerne auch kontrovers – aber nie das Ziel aus den Augen verlieren, das da heißt „das Wohl des Marktes Garmisch-Partenkirchen“. Im Rahmen unserer zukünftigen Diskussionen darf es keinerlei Denkverbote geben, Tabuthemen können wir uns nicht mehr leisten.

Wie soll dieses Ziel überhaupt definiert werden, wie sollen wir es erreichen und wie soll die Entscheidungsfindung von statten gehen?

Zunächst einmal sollte dieser Haushaltsplan die Grundlage für unsere zukünftigen Entscheidungen sein.

Aus diesem ist ersichtlich, an welchen Stellen wir in welcher Höhe bereits gebunden sind, z.B. durch Zuschussleistungen und laufende Verträge, und wo wir Spielraum haben.

An den vertraglichen Bindungen können wir nichts ändern, diese basieren auf Beschlüssen dieses Gremiums aus der Vergangenheit – es wäre also Zeitverschwendung, z.B. über die Kredite bzgl. der Ertüchtigung des Classic-Skigebietes zu lamentieren.

Ausgaben, die uns von übergeordneter Stelle aus treffen – z.B. die Kreisumlage, welche nach unseren Informationen nicht um 2% Punkte steigen wird, sondern voraussichtlich um nur 1,4% Punkte – unterliegen nur bedingt unserem Einfluss.

Der Markt hätte in diesem Zusammenhang sicherlich eine größere Einflussmöglichkeit, wenn die 1. Bürgermeisterin Mitglied des Kreisausschusses, also dem „Bürgermeisterausschuss“ wäre.

Welches sind also die Ausgaben, die wir uns leisten müssen, die Ausgaben die wir uns leisten können und die Ausgaben, die wir uns leisten dürfen.

Und genau hier findet der Ansatz für die zukünftigen – und von der 1. Bürgermeisterin schon vielfach angekündigten – Diskussionen statt.

Unter „müssen“ sind die Ausgaben einzuordnen, die diesen Ort am Leben halten. Ausgaben also, die der Daseinsfürsorge dienen, dem „vegetativen“ System.

Dies sind z.B. der Hochwasserschutz oder der Straßenunterhalt. Es ist geradezu grotesk, dass der Markt eine fast neue, sündhaft teure, Teermaschine sein Eigen nennt, das Geld für den Teer jedoch fehlt.

Die „Muß-Ausgaben“ dürften also innerhalb unserer Gremien ziemlich rasch definiert werden können.

Eine ganz andere Baustelle sind die „weichen Ausgaben“, also die Leistungen, welche der Markt erbringt, ohne hierzu verpflichtet zu sein – die freiwilligen Leistungen – also.

Sehr geehrte Frau 1. Bürgermeisterin, wir halten es nicht für zielführend, durch die Lande zu ziehen und gebetsmühlenartig immer wieder dasselbe Schreckensszenario herauf zu beschwören.

Dass die Haushaltslage dieses Ortes – gelinde gesagt grenzwertig ist -, dürfte sich in den Köpfen der Bewohner dieses Ortes festgesetzt haben.

Uns, den Mandatsträgern obliegt es jetzt, mit Augenmaß und Umsicht und – unter Abwägung aller Umstände – Entscheidungen zu treffen, welche voraussichtlich nicht jedermann gefallen werden.

Eine differenzierte Betrachtungsweise und ein dementsprechendes Handeln unsererseits ist daher dringend notwendig!

Eine Diskussion über die Schwerpunkte der Ausgaben lässt sich also nicht vermeiden. Was macht diesen Ort lebens- und liebenswert?

Sind es die außerordentlichen Veranstaltungen als Höhepunkte im Jahresverlauf oder ist es das tägliche Leben, welches vordringlich mit kommunalen Geldern unterstützt werden soll?

Besteht überhaupt die Möglichkeit, gerecht die wenigen zu verteilenden Gelder zu streuen?

Garmisch-Partenkirchen ist geprägt durch sportliche Aktivitäten – uns haftet nicht umsonst der Titel „Deutschlands Wintersportmetropole Nr. 1“ an.

Dem Markt ist auch in diesem Jahr der Sport Euro 818.693.— wert – unabhängig von Zins und Tilgung für den Ausbau des Classic-Gebietes und der Sprungschanze.

Den Löwenanteil verschlingt hierbei der Hochleistungssport alpin mit insgesamt Euro 530.000.— (vgl. Seite 138 b).

Die touristische Bewertung des Themas „Sommertourismus ./ Wintertourismus“ mag an anderer Stelle geführt werden.

Tatsache ist, dass gerade die Sportvereine unseres Ortes echte „Sozialarbeit“ leisten, indem sie Kinder und Jugendliche trainieren und somit beschäftigen. Diese Jugendarbeit wird ehrenamtlich geleistet, ein Aspekt der ausdrücklich zu würdigen ist.

Vielleicht liegt es am überaus großen Angebot der örtlichen Vereine, dass die Kriminalitätsrate unter Jugendlichen weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, eben weil in ehrenamtlicher Tätigkeit echte Sozialarbeit geleistet wird.

Gehört nicht diese Sozialaufgabe zu den Pflichtaufgaben einer Gemeinde, auch wenn sie die Gemeindeordnung nicht als solche ausweist?

Wenn die Kommune diese Aufgabe schon nicht selbst bewältigen kann, sollten dann nicht die Institutionen unterstützt werden, die diesen Aufgaben ehrenamtlich, spr. ohne Lohn und Brot, nachkommen.

Stichwort „ohne Lohn und Brot“: es waren Ehrenamtliche, die nach dem Zugunglück kurz vor Neujahr rund um die Uhr im Einsatz waren, es waren Ehrenamtliche, die binnen 68 Stunden das Abrams für mehr als dreihundert Flüchtlinge bezugsfertig gemacht haben und – es sind Ehrenamtliche, die Jahr für Jahr auf dem Kirchplatz Partenkirchen und vor dem Polzenkasper-Haus die Krippen aufstellen.

Letzteren in Aussicht zu stellen, dass diese zukünftig für ihr Engagement eine Rechnung des Bauhofes erhalten werden, hat uns, sagen wir einmal „überrascht“.

Leistungen können – und dies sollte die Quintessenz der Gewährung von freiwilligen Leistungen sein – dann erbracht werden, wenn sie nicht gewerblichen Zwecken dienen, sondern vielmehr dem Allgemeinwohl.

Festgestellt werden muss, dass ohne das Ehrenamt der Markt Garmisch-Partenkirchen sein Korsett, seinen inneren Zusammenhalt und seine Identität verlieren würde.

Genau an dieser Stelle muss auch die Diskussion darüber geführt werden, wie es sich mit den Leistungen für Veranstaltungen verhält, die nicht der breiten Bevölkerung, sondern eher kleinen Kreisen dienen.

Stichwort: Richard-Strauss-Festival!

Die vertraglichen Bindungen hierfür reichen bis ins Jahr 2017 – was aber geschieht nach diesem Zeitraum?

Sind die, derzeit im Haushalt eingestellten Euro 350.000.— dann noch darstellbar, „rentieren“ sie sich, oder müssen andere Wege begangen werden, die das kulturelle Leben im Ort nicht zum Erliegen kommen lassen?

Wie verhält es sich mit der Konkurrenz auf dem Kulturmarkt?

Wollen wir den Kultursommer in der jetzigen Form weiterführen, ist uns dieser auch in Zukunft noch die jetzt in Ansatz gebrachten Euro 248.000.— wert.

Haben wir überhaupt noch einen Spielraum für derartige Diskussionen?

Wir meinen ja – unter der Voraussetzung, dass wir uns nicht selbst ein Denkverbot verordnen und uns somit in der Findung probater Lösungen beschränken.

Und hier kommt das Thema Einnahmenerhöhungen ins Spiel.

Natürlich muss überlegt werden, ob überhaupt und in welcher Höhe Steuern und Abgaben erhöht werden können, oder sogar müssen.

Die Erhöhung der Grundsteuer, z.B., welche bereits heute schon vergleichsweise hoch veranschlagt ist, wurde in der vergangenen Wahlperiode bereits einmal vorgenommen, um diese dann – rechtzeitig vor den Wahlen – wieder zu senken.

Die Grundsteuer, und dies ist der soziale Aspekt, ist umlagefähig, spr. eine Erhöhung wird von den Mietern getragen.

Die Gewerbesteuer zu erhöhen würde dem Markt zwar höhere Einnahmen beschieren, ein Anreiz für die Ansiedlung neuer Betriebe am Ort wäre jedoch nicht gegeben.

Einnahmen aus dem Verkauf gemeindeeigener Liegenschaften, der Dauerbrenner der vergangenen Jahre, sind ebenfalls kein ausreichendes Mittel, um den Haushalt wieder auf gesunde Beine zu stellen – was bitte sollen wir noch verkaufen?

Der Verkauf, z.B. der ehemaligen „Gärtnerei Hornung“, welcher mit Sicherheit von unseren politischen Mitbewerbern in Erwägung gezogen wird, wäre allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Dass die Sanierung des Haushalts über den Ausverkauf der gemeindlichen Grundstücke keinen haushalterischen Erfolg gebracht hat, wird nirgendwo deutlicher als in diesem Haushalt.

Und wenn wir schon beim Verkäufen von gemeindlichen Grundstücken sind, sehr geehrte Damen und Herren der CSB-Fraktion:

Mit Erstaunen betrachten wir Ihre Begehrlichkeiten, die westlichen Aurelisflächen betreffend.

Hätten Sie diese Ideen in der vergangenen Wahlperiode eingebracht und per Beschluss verfolgt, wäre diesem Gremium viel Ärger erspart gewesen.

Sei's wie es sei, dass Sie sich jetzt berufen fühlen, Forderungen bzgl. der Überplanung dieser Flächen zu stellen, haben Sie uns, der CSU-Fraktion zu verdanken.

Sollten Sie dieser Aussage keinen Glauben schenken, können wir gerne den schriftlichen Beweis für die Grundlage der Übertragung der Flächen in die gemeindliche Hand erbringen.

Übrigens: wir werden Sie nicht daran hindern, Wohlfühlansprüche jeglicher Art zur Abstimmung zu bringen.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir uns angesichts der derzeitigen Lage vordringlich den örtlichen, zum Greifen nahen und nicht mehr zu übersehenden, Problemen widmen.

Die Überplanung der Aurelisflächen wird uns noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, wir werden diesen Prozeß gestaltend begleiten, fand er doch seinen Ursprung in unserem Verhandlungsergebnis.

Ein weiterer „dicker Brocken“, was die Zukunft des Ortes betrifft, ist das Thema „Kongresshaus“.

Dem Bürgerwillen nach – welcher, liebe CSBler und liebe Freie, diametral Ihren und großmächtigen Plänen widerspricht - soll das bestehende Kongresshaus an Ort und Stelle verbleiben und teilweise renoviert, bzw. neu errichtet werden.

Dass diese Investitionen über Kredite finanziert werden müssen, steht außer Frage!

Diskussionsfähig ist, ob das Kongresshaus einen konzertfähigen Kongresssaal oder einen kongressfähigen Konzertsaal benötigt.

Für die Beantwortung dieser Frage ist es von Nöten, dass wir – als Kollektivorgan – uns Gedanken über die grundsätzliche Ausrichtung der weiteren Nutzung des Kongreßhauses machen.

Der Tourismusmarkt geht weg vom großen Kongressgeschäft, hin zu mice-Geschäft – weg von der Massenveranstaltung, hin zu eher kleinen aber feinen meetings.

Wir sollten diesbezüglich den Praktikern von GAPA-Tourismus glauben schenken, sie arbeiten tagtäglich vor Ort und haben letzten Endes auch den Anstoß dafür gegeben, kleinere Brötchen zu backen, womit wir beim Thema Finanzierung des Ganzen wären.

Wollen wir den Kongreßumbau wirklich mit Fördermitteln bewältigen, welche uns auf die nächsten 25 Jahre haushalterisch binden?

Oder aber wäre es nicht geschickter, den gesamten Kostenaufwand über eigene Kredite zu finanzieren, um so die Sachherrschaft in unserer eigenen Hand behalten zu können.

Brauchen wir tatsächlich einen neuen Konzertsaal, zumindest teilweise mit staatlichen Mitteln gefördert, um uns der Münchner und Innsbrucker Konkurrenz stellen zu können.

Oder ertüchtigen wir den bestehenden Saal Werdenfels, wenn ja, in welchem Umfang?

Der Tourismus mit all seinen Vor- und Nachteilen ist das prägende Einkommensegment dieses Ortes, wobei sich die Frage stellt, wie lange noch.

Wir müssen zukunftsfähig sein, konkurrenzfähig gegenüber jenen Orten, die auch ein Stück vom Kuchen abhaben wollen.

Wie aber soll dieses Ziel verfolgt und realisiert werden?

Wäre es jetzt nicht angebracht, neue Wege GAPA-Tourismus betreffend zu beschreiten?

GAPA-Tourismus – noch immer als Amt 80 – geführt, ist derzeit als Regiebetrieb im Rahmen der Rathausverwaltung verankert.  
Anachronistisch, in Zeiten wie diesen!

Wir sollten uns ernsthafte Gedanken darüber machen, das Amt 80 umzuwandeln in ein Kommunalunternehmen und als GmbH zu führen.

Wäre es machbar - und vor allen Dingen sinnvoll – GAPA-Tourismus aus dem Rathaus-Gefüge heraus zu lösen und als Eigenbetrieb den Werken zuzuordnen.

Wie sähen die rechtlichen Gegebenheiten aus, wenn mittels eines Beherrschungsvertrages GAPA-Tourismus in die Eigenständigkeit geleitet würde.

Würde es Sinn machen, die gemeindlichen Richard-Strauss-Platz 2, das Kongresshaus und/oder den Kurpark dem neuen Konstrukt als Eigenkapital zu übertragen?

Würde sich in der Hotellerie und der Gastronomie die Bereitschaft finden, sich auch finanziell und personell an einem veränderten, weil privatisierten Konstrukt zu beteiligen?

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau 1. Bürgermeisterin, wir haben uns Reformwillen und Gedankenfreiheit verordnet und hoffen, auch bei Ihnen ein offenes Ohr und die Bereitschaft hierfür zu finden.

Die Zeiten der starren Mehrheiten sind Gott sei Dank vorbei – endlich ist es diesem Gremium wieder möglich, sachorientierte, Entscheidungen zu treffen.

Wir, als stärkste Fraktion in diesem Gremium, sehen es als unsere vordringlichste Aufgabe an zu gestalten und Mehrheitsmeinungen herbei zu führen.

Dies kann uns nur im Dialog gelingen, Überzeugen kann man nur mit Argumenten, nicht aber mit Druck.

Ihnen, Frau 1. Bürgermeisterin, gebührt unser Dank für die endlich öffentlich gemachten Sitzungen.

Die Bevölkerung kann so unsere Entscheidungsprozesse in den Gremien begleiten. Manchmal würden wir uns mehr Zeit wünschen, Rom wurde auch nicht in einem Tag erbaut.

Ein weiterer Wunsch wäre, dem Marktgemeinderat und seinen Mitgliedern mehr Vertrauen entgegenzubringen.

Dieses Gremium birgt auf Grund seiner personellen Struktur viel Potential, welches es abzuschöpfen gilt.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass wir wieder miteinander reden können, Meinungen und seien sie auch noch so unterschiedlich, austauschen können und zugleich gemeinsam nach Kompromissen und Lösungen suchen.

Diese Gemeinsamkeit sollten wir uns erhalten um für den Garmisch-Partenkirchen und seine Bewohner die bestmöglichen Entscheidungen herbei zu führen.

Sehen wir also mit einer gesunden Portion Optimismus in die Zukunft, den werden wir brauchen, weil ein großes Stück Arbeit vor uns liegt. Packen wir´s gemeinsam an!

Ihnen, liebe Frau Kollmannsberger nebst Team, vielen Dank für die geleistete Arbeit – wir haben vollstes Vertrauen in die von Ihnen erarbeiteten Zahlen, Daten und Fakten.

Die CSU-Fraktion wird diesem Haushalt zustimmen.

gez.

Elisabeth Koch  
Fraktionsvorsitzende

(es gilt das gesprochene Wort!)